

- [4] Jacobsen, E.: Das Selbst und die Welt der Objekte, Frankfurt 1973, S. 197.
- [5] Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission: Zur Neuordnung der Sekundarstufe II. Konzept für eine Verbindung von allgemeinem und beruflichem Lernen. Bonn 1974, S. 71.
- [6] Sachverständigenkommission Kosten und Finanzierung der außerschulischen beruflichen Bildung (Abschlußbericht) Bonn 1974.
- [7] Forschungsgr. Berufl. Bildg. d. Fachb. Gesellschaftswiss. der Joh.-W. Goethe Unl. Schlußber. zum Forschungsprojekt „Berufliche Sozialisation und gesellschaftliches Bewußtsein“, Frankfurt 1978.

Burkart Lutz

## Das Verhältnis von Technik, Bildung und Arbeit als Problem politischen Handelns\*

**Selt Beginn der Automationsdiskussion gegen Ende der 50er Jahre gilt als ganz unbestritten, daß der technische Fortschritt tiefgreifende Veränderungen der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten nach sich zieht. So gibt es denn auch eine beträchtliche Fülle von empirischen Untersuchungen und statistischen Analysen, deren Autoren meist zu recht dezidierten Aussagen darüber kommen, was technologische Innovation im allgemeinen oder die Einführung und Verbreitung neuer technischer Prinzipien (wie etwa automatische Steuerung) bzw. ganz bestimmter Technologien (wie neuerdings die Mikroprozessoren) für menschliche Arbeit, Berufsstruktur und Qualifikationsanforderungen bedeuten.**

**Versucht man freilich, einen systematischen Überblick über diese Aussagen zu gewinnen, so werden sehr schnell flagrante Widersprüche sichtbar.**

Nach Meinung der einen entzieht der technische Fortschritt unserem System beruflicher Bildung weitgehend die Basis, so daß nur mehr für eine Minderheit eine sehr anspruchsvolle (akademische) Ausbildung sinnvoll ist, für alle anderen die bildungspolitische Aufgabe jedoch in der Vermittlung allgemeiner, allenfalls indirekt berufsrelevanter Qualifikationen besteht. Für die anderen ist hingegen ein hohes Niveau beruflicher Qualifikation aller Arbeitskräfte geradezu eine Lebensnotwendigkeit einer modernen Volkswirtschaft.

Verläßt sich Bildungspolitik auf derartige Aussagen der Wissenschaft, so ist sie — wie der berühmte Esel von Buridan, der zwischen einem Heuhaufen und einem Schaff Wasser elendiglich umkam, weil er ebensoviel Durst wie Hunger hatte — zur völligen Richtungslosigkeit verurteilt. Es scheint also dringend notwendig, die wissenschaftlichen Befunde, auf die sich heute die bildungspolitische Diskussion stützt, und die dahinterliegenden Argumentationsweisen sorgsam auf ihre Stichhaltigkeit abzuklopfen.

Hierbei zeigt sich dann meiner Meinung nach, daß die eben genannten Thesen auf einer sehr gefährlichen und dringend revisionsbedürftigen Vorstellung vom technischen Fortschritt und seiner Bedeutung für die menschliche Arbeit beruhen. Dieses Konzept läßt sich nur wenig verallgemeinert in drei Punkten fassen:

(1) Der Innovationsprozeß von Produktion und Produktionsverfahren, den wir als technischen Fortschritt bezeichnen, folgt einem im Prinzip geradlinigen, sozusagen in der Natur der Dinge vorgezeichneten Verlauf, wobei jede einmal entwickelte Lösung immer wieder durch eine bessere obsolet gemacht wird.

(2) Dieser technische Fortschritt ist der zentrale Impuls der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung; eine Gesell-

schaft hat nur die Wahl, sich ihm zu widersetzen und damit über kurz oder lang unterzugehen, oder sich ihm anzupassen, d. h. die vom jeweiligen technischen Entwicklungsstand geforderte Ordnung und Organisation von Produktion, Steuerung, Zusammenleben usw. zu schaffen.

(3) Bei der Erzeugung eines Produkts sind auf einem gegebenen technischen Entwicklungsstand jeweils ganz bestimmte Arbeitskräfte mit genau definierten Qualifikationen erforderlich; stehen, aus welchen Gründen auch immer, diese Arbeitskräfte nicht in den benötigten Quanten mit den benötigten Qualifikationen zur Verfügung, so müssen die Potentiale an technischer Effizienz und an ökonomischer Produktivität unausgeschöpft bleiben, die von der Technik im Prinzip erschlossen werden.

### Keine bequemen Konzepte

Dies sind drei Thesen, die heute in solch scharfer Formulierung vielleicht gelegentlich kritisiert werden, die jedoch, genau betrachtet, weithin die Diskussion um die Bedeutung und die Folgen technischen Fortschritts bestimmen: Die Vorstellung, daß technischer Fortschritt gemäß der Natur der Dinge abrollen muß; die Vorstellung, daß die Gesellschaft sich dem technischen Fortschritt anzupassen hat und technischer Fortschritt sozusagen vorgibt, was modern ist, während sich alle anderen Lebensbereiche dem fügen müssen; und die Vorstellung, daß das Potential technischen Fortschritts nur ausgeschöpft werden kann, wenn ganz bestimmte Qualifikationsstrukturen realisiert werden.

Das sich in diesen Thesen ausdrückende Konzept ist politisch hochproblematisch und ungemein bequem.

Es ist ungemein bequem deshalb, weil es die Aufgabe des Politikers im wesentlichen darauf beschränkt, zu vollziehen, was von der Natur der Dinge und vom Ablauf der Geschichte vorgeschrieben wird. Der Politiker wird hierdurch sozusagen zum Erfüllungshelfen des technischen Fortschritts. Erfüllt er diese seine Aufgabe, dann hat er seinen Beitrag zur Geschichte geleistet. Stellt er sich dem technischen Fortschritt entgegen, dann hat er als Politiker versagt.

Umgekehrt bedeutet dies natürlich, daß ein solches Konzept für einen Politiker, eine politische Partei, eine Bewegung, die sich für verpflichtet halten, die Zukunft ihres Landes zu gestalten, ganz inakzeptabel ist, denn es läuft letzten Endes auf die totale Selbstentmündigung von Politik, auf eine Art Selbstkastration des politischen Denkens hinaus.

Ich möchte demgegenüber, gestützt auf eine Reihe von neueren Überlegungen, theoretischen Argumentationen und empirischen Befunden, behaupten, daß es möglich ist, ein Gegenkonzept in die Debatte einzuführen, das ich jetzt anhand von vier Thesen zu skizzieren versuchen möchte und das man als Interdependenzkonzept von Technik und Gesellschaft bezeichnen könnte.

\* Bei diesem Aufsatz handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Referates, das Prof. Dr. Burkart Lutz in Essen gehalten hat.

### Interdependenzkonzept von Technik und Gesellschaft

Diese Thesen heißen:

(a) Die tatsächlich und praktisch realisierten technischen Fortschritte, also neue Produkte und neue Verfahren, stellen nur einen Ausschnitt aus der Gesamtheit der zu einem bestimmten Zeitpunkt denkbaren bzw. entwicklungsreif existierenden Innovationen dar, wobei im Zeitablauf, mit dem historischen Ablauf, das Verhältnis zwischen realisierten und nicht-realisierten Innovationen sich immer mehr zugunsten der nicht-realisierten verschiebt, oder, anders ausgedrückt, die Chance immer größer wird, aus dem Potential technischer Lösungen eine bestimmte auszuwählen und andere fallen lassen zu können.

Hier nur ein Beispiel: Alle diejenigen, die heute die Mikroelektronik sozusagen wie eine unaufhaltsame Naturgewalt auf uns zukommen sehen, vergessen immer, daß die Mikroelektronik nur eine von mehreren Varianten von automatischer Steuerungstechnologie ist und daß man genau erklären kann, wie und warum in den 50er Jahren von der Regierung der USA mit sehr großen Geldmitteln genau diese Form von automatischer Steuerung in den Bereich problemloser industrieller Anwendung hineingefördert worden ist (dies hatte etwas zu tun mit der amerikanischen Raketentechnik, den unterschiedlichen Schubstärken russischer und amerikanischer Raketen erster Generation als Folge der Aufteilung des Penemünder Erbes auf die eine und auf die andere Seite usw.). Und es ist durchaus sinnvoll, einmal zu überlegen, was passiert wäre, wenn andere Steuerungstechnologien mit ähnlichem Aufwand auf einen gleichen Punkt der industriellen Anwendungsreife gebracht worden wären wie die Mikroelektronik; als Stichwort hierzu nur den pneumatischen Rechner, den die Russen einmal in ihren Laboratorien sehr intelligent entwickelt haben, oder die ganze Analogrechenstechnologie, die sich in Kombination mit Pneumatik oder Hydraulik für bestimmte industrielle Steuerungsaufgaben vielleicht viel besser eignen würde als die digitale Mikroelektronik.

(b) Aus der ersten These folgt, daß eine Entscheidung darüber getroffen werden muß, welche möglichen Innovationen eingesetzt werden. Und diese Entscheidung fällt in Volkswirtschaften marktwirtschaftlicher Verfassung sicher, in Volkswirtschaften nicht-marktwirtschaftlicher Verfassung wahrscheinlich auf der Ebene des Einzelbetriebes, im Zuge der einzelwirtschaftlichen Investitions- und Produktionspolitik. Einzelwirtschaftliche Investitions- und Produktionspolitik wählt aus dem Potential technischer Fortschritte das aus, was jeweils eingesetzt werden soll. Dies heißt nicht, daß jeder Betrieb in jedem Zeitpunkt beliebig wählen kann, weil es ja so etwas wie eine kumulative Vorsteuerung gibt und die eigenen Innovationsentscheidungen der Vorperiode natürlich immer auch konditionieren, was ein Betrieb in der Periode tun kann. Aber im Prinzip fällt die Entscheidung auf einzelbetrieblicher Ebene, dort, wo die tatsächliche Kombination der Produktionsfaktoren zum Produktionsprozeß geschieht.

(c) Einzelwirtschaftliche Innovationsentscheidungen werden prinzipiell in der Absicht getroffen, betriebliche Probleme zu lösen, die andernfalls kurz- oder langfristig die Rentabilität und die Existenz gefährden könnten. Diese betrieblichen Probleme entstehen im Regelfall aus veränderten Außenbedingungen, die sich über Marktbeziehungen verschiedenster Art durchsetzen, wobei jeweils diejenigen Märkte am wichtigsten sind, deren Güter — sprich Produktionsfaktoren — historisch-gesamtwirtschaftlich die Wachstumsengpässe darstellen. Das bedeutet nicht zuletzt, daß die Logik, nach der Betriebe technische Innovationen einsetzen, sich im historischen Prozeß verändert, sich z. B. von primärer Orientierung an Kapitalknappheit — dieses ist meine vierte These — zunehmend verschiebt zur Orientierung an der Knappheit von Arbeitskraft.

(d) In neuerer Zeit erfolgt also die einzelbetriebliche Entscheidung über den Einsatz von Technik zunehmend unter dem Druck von betrieblichen Problemen, die sich aus der quantitativen und qualitativen Knappheit von Arbeitskraft ergeben, d. h. aus der Knappheit von Arbeitskräften ebenso wie aus der Verknappung

von Qualifikationen und von Motivation. Theoretisch könnte man sagen, daß Arbeit und Technik *elastische Potenzen* sind (ein Begriff von Marx), durch deren gestaltenden Einsatz die Unternehmen ihre Existenz unter sich immer wieder wandelnden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen zu sichern haben.

Wenn man ein solches Konzept nun anzuwenden versucht, so werden hiermit zunächst einmal viele Tatbestände erklärbar, die in einem offensichtlichen Widerspruch zu der heute geltenden Vorstellung von technischem Fortschritt stehen. Ich möchte nur zwei Beispiele hierfür nennen.

### Vergleich: Deutschland—Frankreich

Das eine Beispiel: Ich habe mit einigen Kollegen Untersuchungen durchgeführt in deutschen und französischen Betrieben, die wir nach dem Prinzip maximaler Vergleichbarkeit ausgewählt haben. Dabei zeigte sich zu unserer großen Überraschung, daß die deutschen und französischen Betriebe gleiche Produkte unter gleichen oder sehr ähnlichen technischen Bedingungen mit ganz anderen Arbeitskräftestrukturen erzeugen, ohne daß offenkundige Unterschiede in der Rentabilität oder Produktivität bestünden. Diesen jeweils ganz anderen Arbeitskräftestrukturen entsprechen auch jeweils ganz andere Formen von Betriebs- und Arbeitsorganisation, wobei offensichtlich ein enger Zusammenhang besteht zwischen dem Niveau beruflicher Qualifizierung der Beschäftigten einerseits und dem Grad der hierarchischen und funktionalen Arbeitsteilung im Betrieb andererseits: Die deutschen Betriebe, die in aller Regel aus dem dualen System beruflicher Ausbildung über eine große Zahl von gleich oder ähnlich qualifizierten Fachkräften verfügten, hatten stets eine sehr viel weniger ausgeprägte Hierarchie und eine weniger weit vorangetriebene funktionale Arbeitsteilung mit entsprechend größerer Autonomie und reicheren Arbeitsinhalten an den meisten Arbeitsplätzen als die französischen Betriebe. Dies bedeutet im übrigen wieder, daß die deutschen Belegschaften unter sonst gleichen Bedingungen schon deshalb qualifizierter waren, weil die größere Autonomie in der Arbeitsausübung ihnen viel mehr Chancen bot, im Arbeitsprozeß selbst weiter zu lernen, sich immer wieder auftauchenden neuen Problemen weiterzuentwickeln. In den französischen Betrieben hält hingegen die hochgradige Arbeitsteilung mit strenger hierarchischer Aufsicht dann auch die Lern- und Qualifizierungschancen für die Masse der Arbeitskräfte so gering, daß es zu einem regelrechten Teufelskreis kommt, da die Betriebsleitungen, überzeugt, daß ihre Arbeitskräfte nichts lernen könnten, es ihnen auch unmöglich machten, in der Arbeit irgendetwas neues zu lernen.

Solche Befunde sind völlig unerklärlich, wenn man von einem Konzept des technischen Fortschritts ausgeht, wie ich es eingangs skizziert habe. Gemäß diesem Konzept müßte entweder die französische oder die deutsche Industrie längst zusammengebrochen sein. Sie sind aber mit dem Interdependenzkonzept, das ich eben entwickelt habe, durchaus vereinbar: Die französischen Betriebe müssen anders strukturiert sein, denn sie erhalten aus dem französischen Bildungssystem völlig andere Arbeitskräfte und müssen sich durch eine entsprechende Arbeits- und Betriebsorganisation darauf einrichten, mit diesen Arbeitskräften rentabel zu wirtschaften. Das schließt dann allerdings nicht aus, daß sich im Laufe der Zeit die französische Industrie anders entwickelt hat als die deutsche, also z. B. die deutschen Unternehmen bestimmte Fertigkeiten aufnehmen konnten, an die sich die französischen Unternehmen in ihrer Mehrheit wegen ihrer hierfür schlechter geeigneten Arbeitskräftestruktur nicht wagen konnten. Dieses hat dann vermutlich auch zur Folge, daß die deutschen Betriebe sehr viel leichter technologische Veränderungen verarbeiten und elastischer reagieren können, als dies bei französischen Betrieben der Fall ist. So wurde mir nach dieser Untersuchung klar, warum in Frankreich ein Dauerproblem der Sozialpolitik in heftigsten, z. T. dramatischen Streiks von Betriebsbelegschaften gegen die Schließung ihrer Betriebe besteht, weil nämlich die Betriebe sich weniger entwickeln als bei uns, die Gefahr

größer ist, daß die Betriebe veraltern, und eine dann unumgänglich werdende Stilllegung für die Beschäftigten den totalen Verlust jeglicher beruflicher Chancen bedeutet.

### War der Taylorismus unausweichlich?

Zweites Beispiel: Wir alle nahmen bisher mehr oder minder stillschweigend an, daß die besonders inhumanen Formen von Industriearbeit, wie sie mit den Begriffen Fließband, Taylorismus, Fordismus verknüpft sind, unvermeidliche Durchgangsstationen auf dem Weg zu einer vollentwickelten Industriegesellschaft seien, sozusagen der Preis, den die Menschheit zahlen müsse, um in den Genuß einer hochentwickelten Güterversorgung, hohen Lebensstandards, eines exzellenten Netzes sozialer Sicherheit und ähnlichem zu kommen. Nun gibt es jedoch einen sehr merkwürdigen Sachverhalt: Die deutsche und die amerikanische Industrie lagen und liegen in ihrer technologischen Entwicklung seit längerer Zeit einigermaßen gleichauf und es gibt überhaupt keinen Grund, anzunehmen, daß die deutsche Industrie in der Mitte dieses Jahrhunderts gegenüber den Amerikanern einen Entwicklungsrückstand von einem halben Jahrhundert aufwiese. Doch erlebten die Amerikaner die Phase massenhafter Taylorisierung schon zu Beginn dieses Jahrhunderts, die deutsche Industrie hingegen erst in der Mitte dieses Jahrhunderts.

Unter der Annahme eines zwangsläufigen Ablaufs technischer Entwicklung gibt es keinerlei Erklärung dafür, daß in der Bundesrepublik diese massive Rationalisierungsbewegung tayloristischer Art gerade in den 50er und 60er Jahren eingesetzt hat, das heißt, warum in der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren ganz ähnliche Erscheinungen die Entwicklung der Industrie prägten wie in Amerika fünfzig Jahre früher. Das Interdependenzkonzept hingegen liefert eine plausible Erklärung, daß nämlich in beiden Fällen gleiche Arbeitskräfteprobleme der Industrie aufgetreten waren. Denn in den Vereinigten Staaten versiegte die Einwanderung von handwerklich erfahrenen, relativ gebildeten, meist städtischen Arbeitskräften aus Mittel- und Westeuropa in der Zeit um 1900 unaufhaltsam, nachdem die USA im ganzen 19. Jahrhundert die Creme der Arbeiterschaft Europas an sich gezogen hatten; mit denen sie ihre Industrie aufgebaut haben. Ab der Jahrhundertwende standen der amerikanischen Industrie dann an zusätzlichen Arbeitskräften praktisch nur noch die ungebildeten, oft analphabetischen, technisch völlig unerfahrenen Einwanderer aus den Agrargebieten von Ost- und Südeuropa, insbesondere Osteuropa, zur Verfügung. Der Taylorismus erweist sich in dieser Perspektive als eine sehr geschickte Strategie der amerikanischen Industrie, um große Massen völlig industrieunerfahrener unqualifizierter Arbeitskräfte problemlos einzusetzen. Eine ganz ähnliche Situation hatten wir nun in der Bundesrepublik ab dem Beginn der 60er Jahre, nachdem die Heimatvertriebenen im wesentlichen eingegliedert waren, der Flüchtlingsstrom aus der DDR gestoppt war und industrielles Wachstum nur mehr durch massenhafte Rekrutierung von ungelernten Arbeitskräften — sprich: bisher nicht erwerbstätige Hausfrauen, Abwanderer aus der Landwirtschaft und dann zunehmend auch ausländische Arbeitskräfte — möglich war.

Gleiche Arbeitsmarktstrukturen führen also zu gleichen betrieblichen Reaktionen, und was sich heute in der sozialwissenschaftlichen Forschung als Qualifikationspolarisierung darstellt, ist nichts anderes als die realistische Beschreibung einer Entwicklung, mit der die deutsche Industrie auf die Versorgungslage am Arbeitsmarkt der 60er Jahre reagierte. Da zusätzliche Arbeitskräfte für die Industrie und die modernen Dienstleistungssektoren im wesentlichen nur als Unqualifizierte auf den sogenannten *Jedermanns*-Arbeitsmärkten rekrutiert werden konnten, mußten die expandierenden Teile der Volkswirtschaft durch Mechanisierung und insbesondere durch arbeits- und produktionsorganisatorische Maßnahmen möglichst viele problemlose Arbeitsplätze schaffen, die eben mit Jedermanns-Arbeitskräften risikolos besetzt werden konnten, und die verbleibenden — oder im Zuge von Rationalisierung und Mechanisierung neu entstehenden — schwierigen Aufgaben auf die knappen Fachkräfte konzentrieren.

### Kombination von Technik und Mensch ist gestaltbar

Alles dieses bedeutet jedoch vor allem, daß gemäß dem hier angedeuteten Konzept die in einer Volkswirtschaft sich durchsetzende Kombination von Technik und menschlicher Arbeit und die ihr entsprechende Qualifikationsstruktur keine Naturgesetzmäßigkeiten sind, denen sich Politik lediglich anzupassen und damit letztlich zu unterwerfen hätte, sondern politischer Gestaltung zugänglich, ja bedürftig sind. Natürlich wird damit kein unmittelbarer Zugriff politischer Instanzen auf einzelbetriebliche Produktions- und Arbeitsplatzstrukturen behauptet. Politische Gestaltung kann immer nur indirekt, muß aber in dieser Form nicht unbedingt weniger wirksam sein. Schon heute sind in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen öffentliche Verantwortung und öffentliche Steuerung ganz selbstverständlich, deren Ergebnisse dann einzelwirtschaftlichen Entscheidungen über den Einsatz von menschlicher Arbeit und Technik als mehr oder minder unverrückbare Daten entgegentreten. Neben Technologiepolitik, Investitionsförderung oder standortrelevanter Raumordnung spielt in diesem Zusammenhang die Bildungspolitik insofern eine ganz besondere Rolle, als ja im Bildungssystem ein Gutteil der motivationalen und qualifikatorischen Formung der zukünftigen Arbeitskräfte erfolgt.

Die aus der Interdependenz von Technik und Arbeit abzuleitende Steuerbarkeit des technischen Fortschritts und der Entwicklung von Berufs- und Qualifikationsstruktur eröffnet nun freilich nicht nur einen großen, bisher kaum wahrgenommenen Gestaltungsspielraum politischen Handelns, sondern belastet dieses auch mit einer schweren Verantwortung. Versucht man, Thesen von der Art der eben formulierten auf die alltäglichen Realitäten politischer Machbarkeit zu projizieren, so wird eine sehr große Diskrepanz zwischen dem in einem historischen Sinne Möglichen und Notwendigen auf der einen Seite und dem politisch-administrativ heute Leistbaren auf der anderen Seite sichtbar — eine Diskrepanz, die bisher vom Glauben an die Naturgesetzmäßigkeit des technischen Fortschritts wohlätig überdeckt wurde.

Zwei Ursachen dieser Diskrepanz seien wenigstens kurz angedeutet:

(a) Akzeptiert man die Interdependenzthese, so werden zunächst einmal außerordentliche Kenntnis- und Erkenntnislücken der Wissenschaft sichtbar. Gemessen an dem, was politisches Handeln dann an Einsichten und Informationen (etwa über vermutliche Entwicklungen des betrieblichen Innovationsverhaltens bei gegebener Veränderung des Bildungssystems) bräuchte, befinden sich die einschlägigen Fachrichtungen in einem Rückstand, der sich etwa mit dem Verhältnis zwischen der Erstformulierung der Mendelschen Vererbungslehre und der modernen kybernetischen und chromosomen-chirurgischen Genetik vergleichen läßt. Dies ist um so gravierender, als die Wissenschaftspolitiker (unter Ausschluß der anwesenden Vertreter dieser Gattung natürlich), vor allem aber die Haushaltspolitiker anscheinend immer noch der Meinung sind, gerade diesen Fachrichtungen könne gelingen, wozu niemand sonst imstande war, nämlich sozusagen aus dem Stand und ohne jahrzehntelangen Vorlauf von Grundlagenforschung unmittelbar handlungsrelevante Erkenntnisse hoher Komplexität zu produzieren.

(b) Noch weitaus gewichtiger — und nicht in absehbarer Zeit durch geeignete Förderungsmaßnahmen zu überwinden — ist die zweite Ursache, nämlich das Mißverhältnis zwischen den — eher kurzen und vielfach nicht über eine Legislaturperiode hinausreichenden — Zeithorizonten, in denen Politik denkt und handelt, und den — offenbar recht langen — Regelstrecken der hier interessierenden Entwicklungen. Steuerbarkeit von Technik und Gestaltbarkeit von Qualifikationsstrukturen sind eben nicht von heute auf morgen, sondern nur in längerfristiger Perspektive möglich; erst im Überblick über Jahrzehnte erweist sich als im Prinzip durchaus willkürliche Entscheidung, was sich im konkreten Vollzug als Serie scheinbar unausweichlicher Sachzwänge darstellte — wie vielleicht einmal spätere Generationen von der Energiepolitik unserer Generation behaupten werden.

Solche Trägheiten, die den Spielraum bewußter gesellschaftlicher Gestaltbarkeit weit über das Maß hinaus beschränken, das von strukturellen Interessengegensätzen oder anthropologischen Konstanten vorgegeben ist, entspringen zum Beispiel aus den Ausreifungszeiten technologischer Innovationen, den realen Amortisationsfristen von Sachinvestitionen, dem Lebenszyklus von Produkten, der Schwerfälligkeit komplexer Großorganisationen und schließlich den Grenzen, die der individuellen Lernfähigkeit im Lebenslauf gezogen sind. Alles das verweist auf Fristigkeiten, die eher in Jahrzehnten als in Jahren gemessen werden müssen; erst nach solchen Zeiträumen werden die positiven, aber auch negativen Folgen politischer Optionen sichtbar, die nichts anderes sein können als eine Serie von sich akkumulierenden Entscheidungen, die im einzelnen banal sein mögen, in ihrer Endwirkung aber heute noch kaum überschaubare Bedeutung haben können.

#### Literaturhinweise

Lutz, B.: Bildungssystem und Beschäftigungsstruktur in Deutschland und Frankreich. In: Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (Hrsg.), Betrieb — Arbeitsmarkt — Qualifikation I, Frankfurt 1976.

Lutz, B.: Die Verantwortung der Bildungspolitik und der sog. Bedarf des Beschäftigungssystems. In: W. Schlafke (Hrsg.), Die Zukunft der Berufsbildung, Köln 1977.

Altmann, N.; Bechtle, G.; Lutz, B.: Betrieb — Technik — Arbeit, Frankfurt 1978.

Asendorf-Krings, I.: Facharbeiter und Rationalisierung, Frankfurt/München 1979.

Lutz, B.: Qualifikation und Arbeitsmarktsegmentation. In: Brinkmann u. a. (Hrsg.), Arbeitsmarktsegmentation — Theorie und Therapie im Lichte empirischer Befunde, Nürnberg 1979.

Georg Böll

## Länderprogramme zur Verbesserung der betrieblichen Ausbildungsplatzsituation

### Ein systematischer Überblick

**1978 erhöhte sich das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen gegenüber 1977 um über 40 000 Plätze, das entspricht einer Steigerungsrate von 6,9 v. H. [1]. Diese Steigerung ist sicherlich u. a. auch auf die Vielzahl von Förderungsmaßnahmen zurückzuführen. Da die Auswirkungen der vielseitigen Förderungsmaßnahmen im einzelnen noch nicht feststehen, können die Förderungsmaßnahmen der Länder, die in der Regel ebenfalls im Jahre 1979 vorgesehen sind, an dieser Stelle lediglich dargestellt, aber nicht eingehend bewertet werden.**

#### Zielsetzung der Förderungsmaßnahmen

Die Förderungsmaßnahmen in Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und im Saarland [2] zielen insbesondere darauf ab, das betriebliche Ausbildungsplatzangebot insgesamt durch Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze auszuweiten und bestimmten ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen, die auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz besonderen Schwierigkeiten begegnen, den Beginn einer Ausbildung zu ermöglichen.

Der Ausweitung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots dienen insbesondere die finanziellen Hilfen, die Ausbildungsbetrieben bewährt werden können, wenn zusätzliche Ausbildungsplätze bei Betriebsgründungen und -übernahmen oder in bestimmten — zumeist wirtschaftsschwachen — mit betrieblichen Ausbildungsplätzen schlecht versorgten Gebieten eingerichtet und besetzt werden. Ebenfalls zielen diejenigen finanziellen Hilfen auf eine Ausweitung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots, die denjenigen Betrieben die ausbildungsbereit, aber aus organisatorischen und technischen Gründen außerstande sind, eine vollständige betriebliche Ausbildung durchzuführen, die Aufnahme der Ausbildung ermöglichen sollen. Hierzu zählen die Förderung der Ausbildung im interbetrieblichen Ausbildungsverbund sowie die Förderung der Ausbildung zum Ausbilder, die Einstellung von Ausbildern und Ausbildungsberatern.

Um die Startchancen bestimmter Nachfragergruppen (Problemgruppen) der beruflichen Bildung am Ausbildungsstellenmarkt zu verbessern, können Ausbildungsbetriebe, die für Angehörige

dieser Problemgruppen — z. B. Konkurslehrlinge, Behinderte, Sonderschüler, Hauptschüler ohne Abschluß und Mädchen — Ausbildungsplätze bereitstellen, gleichfalls — zum Teil beachtenswerte — Prämien erhalten.

#### Überblick über die finanziellen Hilfen zur Verbesserung der Ausbildungsstellensituation

Um eine höchstmögliche Anreizwirkung der finanziellen Hilfen zu erzielen, sind die Zuschüsse für die Ausbildungsbetriebe steuerfrei. *Beachtenswerte Unterschiede* verzeichnet der Berufsbildungsbericht 1979 für die Förderkriterien und die Zuschußsätze einerseits beim interregionalen Vergleich für den gleichen Fördertatbestand und andererseits beim Vergleich der Förderungsmaßnahmen einzelner Länder [3]. Diese Unterschiede können „auf die landesspezifischen Gegebenheiten und unterschiedlichen politischen Schwerpunktsetzungen zurückzuführen sein“ [4].

Während die Länder Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und Berlin gezielte Einzelhilfen vorsehen, besteht im Saarland eine generelle Lösung, die für jeden zusätzlich eingerichteten Ausbildungsplatz einen Zuschuß in Höhe von 20 v. H. der monatlichen Bruttoausbildungsvergütung vorsieht.

Finanzielle Einzelhilfen sind insbesondere für folgende Fördertatbestände vorgesehen:

- Besetzung zusätzlicher Ausbildungsplätze in mit Ausbildungsplätzen besonders schlecht versorgten Gebieten,
- Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für Auszubildende, die ihren Ausbildungsplatz infolge von Konkursen oder Betriebsstillegungen verloren haben,
- Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für behinderte Jugendliche,
- Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen bei Betriebsgründungen oder -übernahmen,
- Schaffung zusätzlicher Ausbildungsverhältnisse im interbetrieblichen Ausbildungsverbund,
- Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Mädchen in bestimmten gewerblich-technischen Berufen,